



Nr. 6

9. Februar 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Demokratie

[Extremismus hat bei uns keinen Platz – Politik muss handeln](#)

Debatte um Äußerungen des OECD-Bildungsdirektors Schleicher
[Silberbach weist Kritik an Lehrkräften entschieden zurück](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[dbb sh: Klares Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit](#)

Bayern

[Anpassung von Besoldung und Versorgung: BBB zufrieden](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Bundshaushalt 2024: Planstellenzuwächse trotz Einsparungen gesichert](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Digitalisierung der Bildung: Kraftakt notwendig](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Tarifabschluss mit Transdev: neue Marktreferenz setzt sich weiter durch](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Demokratie

Extremismus hat bei uns keinen Platz – Politik muss handeln

Radikale und menschenfeindliche Positionen haben weder im Staatsdienst noch im dbb etwas zu suchen.

Hunderttausende Menschen nehmen in diesen Tagen und Wochen an Demonstrationen für den Erhalt der Demokratie teil. Das ist ein ermutigendes Zeichen. Jetzt stellt sich die Frage: Was folgt daraus? Denn der Trend geht seit Jahren nur in eine Richtung: Populismus und Extremismus sind in Deutschland auf dem Vormarsch. Deshalb müssen wir wachsam bleiben. Und es braucht Taten. Zwei Dinge erscheinen mir dabei politisch besonders wichtig.

Erstens: Der dbb warnt schon lange davor, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Politik erodiert. Die von uns beauftragte „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ hat dazu im vergangenen Herbst erneut eindeutige Zahlen geliefert. Im Januar haben wir uns deshalb auf der dbb Jahrestagung in Köln unter dem Motto „Starker Staat – wehrhafte Demokratie“ einmal mehr intensiv mit der Frage beschäftigt, wie das geändert werden kann. Für uns ist klar: Wir brauchen wieder eine verlässliche Daseinsfürsorge, einen leistungsstarken öffentlichen Dienst und eine Politik, die in der Lage ist, drängende Reformen voranzubringen und die Bevölkerung auf dem Weg mitzunehmen. Das alles vermischen die Menschen heute in diesem Land – und nicht erst seit gestern. Das ist Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher.

Zweitens: Demokratie ist ein Wettbewerb der Ideen. Sie lebt vom Streit um den richtigen Weg. Dabei galten – ungeachtet aller inhaltlichen Differenzen – lange Zeit ein paar ungeschriebene Gesetze in der Bundesrepublik. Anstand und Ehrlichkeit waren in der politischen Kultur deutlich fester verankert, als das heute der Fall ist. Das muss sich wieder än-

dern. Natürlich muss in einer öffentlichen Debatte auch mal zugespitzt werden. Aber nicht jeder, der auf die praktischen Probleme bei der Unterbringung von Geflüchteten hinweist, ist gleich ein Nazi. Und nicht jeder, der mit Blick auf den Klimawandel auch Windräder bauen will, hat gleich den Untergang der deutschen Wirtschaft im Sinn. Auch wenn die Verlockung groß ist, mit solchen Sprüchen billige Punkte im eigenen Lager zu machen: Von verantwortungsbewussten Politikerinnen und Politikern demokratischer Parteien erwarte ich mehr. Hetze und Spaltung dienen immer nur den Extremen.

Für mich ist klar: Radikale und menschenfeindliche Positionen haben weder im Staatsdienst noch im dbb etwas zu suchen. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften unter unserem Dach verstehen sich immer als im besten Sinne staatstragend. Dazu gehört natürlich ohne Wenn und Aber das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Traurig genug, dass das in diesen Zeiten wieder betont werden muss. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass das Grundgesetz auch nach 75 Jahren rein gar nichts von seiner Strahlkraft eingebüßt hat. Es muss uns allen gemeinsam allerdings wieder besser gelingen, die darin enthaltenen Ideen im Alltag zu leben. Meine dahin gehenden Erwartungen an die Politik habe ich oben skizziert. Gefordert sind wir aber natürlich alle. Bei der Familienfeier. Beim Dorffest. Im Sportverein. Und wer könnte Demokratie und Rechtsstaat besser verteidigen als die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die diese Errungenschaften jeden Tag zur Geltung bringen? Wir sind bereit.

Ulrich Silberbach
dbb Bundesvorsitzender

Debatte um Äußerungen des OECD-Bildungsdirektors Schleicher **Silberbach weist Kritik an Lehrkräften entschieden zurück**

Die jüngste PISA-Studie hat den immensen Handlungsbedarf im Bildungsbereich offenbart. Andreas Schleicher wettete daraufhin gegen Lehrkräfte.

Im Interview mit der Stuttgarter Zeitung sagte Schleicher unter anderem, dass der Lehrerberuf intellektuell nicht anspruchsvoll sei und Lehrkräfte „Befehlsempfänger“ seien, die sich

ein Beispiel an China nehmen sollten. Ebenso bestritt er die Belastung im Berufsalltag.

„Schleicher wird seiner Verantwortung als internationaler Koordinator der PISA-Studie nicht

gerecht“, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 8. Februar 2024 in Berlin. „Diese realitätsferne Sichtweise wird uns nicht aus der Bildungsmisere helfen. Sie verkennt die erstklassige Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen Tag für Tag in den ihnen vorgegebenen Strukturen leisten. Wir laden Herrn Schleicher herzlich zu einem Schulbesuch ein, so dass er sich persönlich ein Bild von der alltäglichen Belastung unserer Lehrkräfte machen kann.“ Zudem belegten unzählige Studien das hohe Maß an Belastung der Lehrkräfte belegen, so der dbb Chef.

„Um die Bildungsqualität in unserem Land nachhaltig zu verbessern, müssen entschiedene Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel ergriffen und angemessene Rahmenbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet

werden. Pauschale Kritik an einer gesamten Berufsgruppe bringt uns da nicht weiter“, appellierte Silberbach.

Hintergrund

Die internationale Schulleistungsstudie PISA, die im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführt wird, erfasst die Kompetenzen von 15-jährigen Jugendlichen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. In der aktuellen Studie, die im Frühjahr 2022 durchgeführt wurde, haben die deutschen Schülerinnen und Schüler das bisher schlechteste Ergebnis erzielt. Der große Handlungsbedarf im Bildungsbereich wurde bereits zuvor von zahlreichen weiteren Studien belegt.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

dbb sh: Klares Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Der dbb sh und seine Fachgewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsvielfalt als unverrückbare Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese Grundlagen müssten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene jederzeit zweifelsfrei erkennbar und gewährleistet sein.

Der dbb Landesbund teilte am 7. Februar 2024 mit: „Zu den wichtigen Überzeugungen des dbb sh, die auch Leitplanken unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit sind, zählen: Ein gut aufgestellter öffentlicher Dienst ist eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität und die gesellschaftliche Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Rechtsstaatlichkeit bedeutet Zuverlässigkeit bei der Achtung und Durchsetzung aller Gesetze sowie bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben zum Wohle der Allgemeinheit durch die öffentliche Hand. Zur Rechtsstaatlichkeit gehört auch die Möglichkeit, die Rechtsetzung und -anwendung durch die Gerichte überprüfen zu lassen.

Demokratie bedeutet Meinungsvielfalt, das Werben um die besten Ideen und die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen.

Die Meinungsvielfalt ist legitim, solange sie sich innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und außerhalb des Extremismus bewegt. Die Achtung der Menschen-

würde, Respekt, Toleranz sowie Diskriminierungs- und Gewaltfreiheit sind Voraussetzungen für die Bildung, Verbreitung und Durchsetzung von Überzeugungen.

Dieses Wertegerüst erwarten wir auch von allen Parteien, die sich zur Wahl stellen.

Wichtig ist dem dbb sh auch, dass die Menschen sich auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verlassen können. Sie sind der freiheitlich demokratischen Grundordnung in besonderer Weise verpflichtet und sorgen für deren Schutz. Für die zum Glück sehr wenigen Ausnahmefälle, in denen diese Anforderung nicht erfüllt wird, sind bestehende und wirksame dienstrechtliche Instrumente anzuwenden, denn: Für Verfassungsfeinde ist kein Platz im öffentlichen Dienst!“

Diese Überzeugungen hat der Landesvorstand des dbb sh unter Einbindung der Vertretungen (Frauen, Jugend und Senioren) und der Landesgeschäftsstelle im Rahmen einer Klausur als „Glücksburger Erklärung“ im Februar 2024 festgeschrieben.

Bayern

Anpassung von Besoldung und Versorgung: BBB zufrieden

Am 6. Februar 2024 hat sich die bayerische Staatsregierung auf einen Gesetzentwurf zur Bezügeanpassung 2024/2025 geeinigt. Er enthält, wie bereits von Finanzminister Albert Füracker direkt nach Abschluss der Tarifverhandlungen verkündet, die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich in Bayern. Damit wird der Forderung des Bayerischen Beamtenbundes entsprochen.

„Wir sind froh und dankbar über den Beschluss der bayerischen Staatsregierung zur Besoldungserhöhung. Das ist ein wichtiges Signal und Ausdruck der Wertschätzung gegenüber den Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern in Bayern“, erklärt BBB Chef Rainer Nachtigall. Besonders erfreulich sei die Übertragung des Tarifabschlusses auch auf den Versorgungsbereich. Zudem enthält der aktuelle Gesetzentwurf – neben der Sockelerhöhung um 200 Euro – auch die Erhöhung der Zulagen um 4,76 Prozent zum 1. November 2024. „Der öffentliche Dienst in Bayern setzt damit bundesweit Maßstäbe und behauptet seine Spitzenstellung im Bundesvergleich“, betont Nachtigall.

Die Eckpunkte des Gesetzesentwurfs: 1. November 2024: Erhöhung der Besoldung um 200 Euro (100 Euro für Anwärtinnen und Anwärter); Erhöhung der dynamischen Besoldungsbestandteile um 4,76 Prozent; 1. Februar 2025: Lineare Anpassung um 5,5 Prozent (50 Euro für Anwärtinnen und Anwärter); Inflationsausgleichszahlung-Einmalzahlung in Höhe von 1.800 Euro (1.000 Euro für Anwärtinnen und Anwärter); Inflationsausgleichszahlung-Monatszahlungen in Höhe von jeweils 120 Euro für die Monate Januar 2024 bis Oktober 2024 (50 Euro für Anwärtinnen und Anwärter); Übertragung auf den Versorgungsbereich: entsprechende Erhöhung der Versorgungsbezüge sowie Gewährung der Inflationsausgleichsprämie in Höhe des jeweiligen Ruhegehaltssatzes.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Bundshaushalt 2024: Planstellenzuwächse trotz Einsparungen gesichert

Am 2. Februar 2024 hat der Bundestag den lange erwarteten Bundshaushalt 2024 verabschiedet. Dieser stand infolge des Verfassungsgerichtsurteils lange auf der Kippe. Der BDZ konnten jedoch durch politische Gespräche durchsetzen, dass beim Zoll der Kurs der positiven Planstellenentwicklung fortgeführt wird.

Vorgesehen sind Ausgaben von 3,1 Milliarden Euro für die Zollverwaltung (2023: 3,21 Milliarden Euro), von denen 2,38 Milliarden Euro auf das Personal entfallen. 1,58 Milliarden Euro sind für das Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund) vorgesehen, das IT-Leistungen für Behörden und Organisationen des Bundes bereitstellt (2023: 1,42 Millionen Euro). Das Bundeszentralamt für Steuern wird mit 827,62 Millionen Euro ausgestattet (2023: 861,88 Millionen Euro).

In Zeiten klammer Kassen und einer historischen Haushaltskrise ist es keineswegs selbstverständlich, dass der Personalhaushalt des Zolls im Kern unangetastet blieb, so der BDZ. Zum einen habe man erfolgreich verhindert können, dass die pauschale Stelleneinsparung von 1,5 Prozent aller Stellen in der Bundesverwaltung infolge des Milliardenlochs im Haushalt wieder zur Debatte gestellt werden würde.

Zum anderen konnten im Rahmen der Bereinigungsvorlage nun auch die zusätzlichen 1.157 neuen Stellen für den Zoll für das Jahr 2024 ausgebracht werden.

Diese Stellen sind dazu vorgesehen, zusätzlich ausgebildete Anwärtinnen und Anwärter sowie weiteres Personal zur OK-Bekämpfung beispielsweise bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und anderen Bereichen zu übernehmen. Die Notwendigkeit dieser Stellen mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Zollverwaltung und die demografische Entwicklung hatte der BDZ gegenüber vielen Entscheidungsträgern verdeutlicht.

Nicht abgedeckt von diesen Planstellenzuwächsen sind die Stellen, die die Bundesregierung zur Errichtung des Bundesamts zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF) vorsieht. Die Stellen für die BBF gehen, wie vom

BDZ mehrfach kritisiert, zulasten des Personalhaushalts der Zollverwaltung. Das BBF binde damit Ressourcen, die anderswo dringend benötigen werden.

Deutliche Kritik übte der BDZ auch an den Einsparungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, die einen Dienstbetrieb auf Sparflamme bedeuteten. So wurden viele Posten

um 20 bis 30 Prozent, teilweise bis zu 60 Prozent gekürzt. Dies betreffe Titelgruppen für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, für Liegenschaften sowie weitere investive Vorhaben, die nun zurückgestellt werden müssen (z.B. Beschaffung von Dienst-Kfz oder neuer mobiler Großröntgentechnik).

Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Digitalisierung der Bildung: Kraftakt notwendig**

Während der Trend längst in Richtung des Einsatzes künstlicher Intelligenz zeigt, hinkt die Ausstattung an jeder zehnten Schule soweit hinterher, dass nicht einmal einzelne Klassensätze digitaler Endgeräte vorhanden sind. Das ist eines der Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Schulleitungen zum Thema „Digitalisierung“ im Auftrag des VBE.

Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand sagte dazu: „Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist eklatant. Während die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz in einer Stellungnahme empfiehlt, ab der weiterführenden Schule den Umgang mit Künstlicher Intelligenz zu trainieren, steht jede zehnte Schulleitung ohne Geräte da. Da endet die Gleichwertigkeit der Lernverhältnisse. Mit dem, was die Schülerinnen und Schüler an Endgeräten mitbringen und den dazugehörigen, verschiedensten Systemen muss die Lehrkraft dann umgehen. Das ist eine Zumutung, ineffektiv, fehleranfällig und unwürdig für das Jahr 2024.“

Nach ersten Anlaufschwierigkeiten aufgrund der deutlich zu hohen bürokratischen Hürden sei der Digitalpakt in der Folge sehr gut angenommen worden. Nur wenige Schulleitungen geben in der Umfrage an, keinen Antrag zur Förderung gestellt zu haben. Allerdings zeige sich, dass weitere Mittel benötigt werden. Drei Viertel der Schulleitung, deren Schulen bereits gefördert wurden, geben dies an. Brandt sieht das als Beweis der vielfältigen Herausforderungen an: „Zum einen haben bisher nicht alle Schulen Klassensätze an Geräten, zum anderen wissen wir aus vorhergehenden Befragungen, dass auch die Infrastruktur mit Breitbandinternet und WLAN in den Räumen noch nicht optimal ist. Und während die letzten noch keine Geräte haben, veralten die zuerst ausgegebenen schon wieder. Es fehlt an einer nachhaltigen Vision für eine stets auf einem guten

technischen Stand ausgestatteten Schule. Ausstattung, Wartung, Support: All das darf nicht auf den Schultern einzelner Engagierter liegen. Es braucht externe Unterstützung durch dafür ausgebildete Fachkräfte und Entlastungen in Höhe der tatsächlich benötigten Zeit für die Lehrkräfte. Was nun notwendig ist, ist ein Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen, die gemeinsam und nachhaltig, flächendeckend und langfristig die Digitalisierung an Schulen sichern. Ein Digitalpakt für die Ewigkeit, wenn man so möchte.“

Ein Lichtblick unter den Ergebnissen der Studie ist für den VBE, dass 80 Prozent der befragten Schulleitungen angeben, dass mindestens die Hälfte bis fast alle der Lehrkräfte ihrer Schule bereits Fortbildungen zum Thema „Digitalisierung“ wahrgenommen haben. Brand: „Wer eine Fortbildung wahrnimmt, teilt das neue Wissen auch mit dem Kollegium. Wir können also davon ausgehen, dass an diesen Schulen ein solider Kenntnisstand zum Arbeiten mit digitalen Endgeräten gewährleistet ist. In Zeiten des Lehrkräftemangels ist es zudem nicht selbstverständlich, dass Lehrkräfte an Fortbildungen teilnehmen können. Umso mehr freut es uns, dass die Entwicklungen deutlich in die Richtung eines immer stärkeren Wissenszuwachses gehen. Das ist dringend notwendig, da es auf dem Feld gerade in den letzten Jahren und erwartbar auch in den nächsten zu enormen Veränderungen kommen wird.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Tarifabschluss mit Transdev: neue Marktreferenz setzt sich weiter durch

Die GDL und die Transdev GmbH haben sich am 3. Februar 2024 in Berlin auf einen Tarifvertrag auf Basis der neuen Marktreferenz geeinigt.

Der Einigung gingen wiederholte Streiks der GDL voraus. Zu deren Verhinderung rief Transdev die Gerichte an, scheiterte aber dort, genauso wie die Deutsche Bahn AG.

Grundlage der nun erzielten Einigung war ein deutlich verbessertes Angebot des Arbeitgebers. Der Abschluss beinhaltet unter anderem die schrittweise Absenkung der Referenzarbeitszeit für Schichtarbeiter von der 38-Stunden-Woche auf die 35-Stunden-Woche ab Januar 2025, 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie unter Anrechnung der bereits gezahlten Prämie von 1.100 Euro und die Verbesserung der Ruhetagsregelungen – Stichwort „Fünftage-Woche“. Die Laufzeit ist vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2025.

Somit gelten nun auch bei den sechs Transdev-Unternehmen die neuen Regelungen der GDL-Tarifverträge, deren Kern die 35-Stunden-Woche für Schichtarbeiter ist. Die Absenkung auf die reduzierte Arbeitszeit erfolgt

schrittweise und ohne Absenkung des Entgelts. Arbeitnehmer, die trotzdem mehr arbeiten möchten, können das gegen ein anteilig hoch gerechnetes Entgelt tun.

„Der Abschluss mit Transdev, dem zweitgrößten Eisenbahnverkehrsunternehmen in Deutschland zeigt, dass sich die neue Marktreferenz weiterhin durchsetzt und nicht mehr aufzuhalten ist“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Nun haben wir bereits mit 24 Unternehmen Regelungen tarifiert, die der Schiene und den Beschäftigten guttun. Mit Maß und Mitte, Mut und Tatkraft stellen wir gemeinsam mit den beteiligten Arbeitgebern die Weichen für das Wiederstärken des Eisenbahnsystems in Deutschland.“

Der Tarifabschluss gilt für die GDL-Mitglieder bei der NordWestBahn, Transdev Hannover, Transdev Mitteldeutschland, Transdev Regio Ost, Transdev Rhein-Ruhr und Trans Regio.

Namen und Nachrichten

Die zweite Verhandlungsrunde für den Rettungsdienst zwischen dem **dbb** und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) ist kontrovers, aber konstruktiv abgelaufen. Ein zentrales Thema der Verhandlungen am 2. Februar 2024 war die Arbeitszeitverkürzung. Für den dbb steht fest, dass die Arbeitszeit verringert werden muss. Nicht nur, um dauerhaft für Entlastung zu sorgen und den Gesundheitsschutz zu fördern, sondern auch um den Rettungsdienst attraktiver zu gestalten und langfristig Personal zu gewinnen. „Trotz konstruktiver Verhandlungen wurde heute noch kein Durchbruch erzielt“, erklärte Andreas Hemsing, Verhandlungsführer und dbb Vize. „Wir halten an unserer Kernforderung fest, die Wochenarbeitszeit für die Beschäftigten im kommunalen Rettungsdienst zu reduzieren. Sonst kann es keine dringend benötigte Entlastung für die Rettungskräfte geben. In der nächsten Runde erwarten wir, dass die Arbeitgeberseite nachlegt.“ Neben der Arbeitszeit-

verkürzung lehnt die VKA derzeit auch die Aufwertung der Praxisanleitenden durch eine Funktionszulage ab. Sie argumentiert, dass sich die Verhandlungszusage aus dem TVöD-Abschluss lediglich auf die Arbeitszeit beschränke. Für den dbb hingegen ist es selbstverständlich, dass betriebliche Regelungen zur Arbeitszeit tarifvertragliche Leitplanken benötigen. Es müssen Parameter entwickelt und festgelegt werden, die unter anderem den Gesundheitsschutz aufgreifen.

BBB-Chef Rainer Nachtigall hat am 7. Februar 2024 ein Gespräch mit der Bayerischen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf geführt. Es ging dabei unter anderem um das Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern, in dem auch der BBB Mitglied ist. Außerdem ging es um die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Bayerischen Gleichstellungsgesetz und um das Bezügeanpassungsgesetz.

Termine:

14. Februar 2024

Einkommensrunde Hessen: Auftakt

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

14. - 16. März 2024

Einkommensrunde Hessen: Verhandlungen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

18. April 2024

18. Frauenpolitische Fachtagung

„Familie, Sorgearbeit, Altersarmut - die CAREseite der Medaille“

Weitere Informationen unter www.dbb-frauen.de
